

Schweriner Volkszeitung

Mittwoch, 3. Mai 2006

Polizeieinsatz in Rostock kritisiert

Leserin Annegret Bötzel: Warum werden junge Menschen erniedrigt?

Rostock/Schwerin (EB) • Als unwürdig und unverhältnismäßig hat unsere Leserin Annegret Bötzel aus Schwerin das Vorgehen der Polizei bei den Demonstrationen zum 1. Mai in Rostock gegen junge Leute bezeichnet. Es waren auch Menschen betroffen, die nicht zur autonomen Szene gehörten. Sie mailte uns u. a.: Mein siebzehnjähriger Sohn gehörte zu einer Gruppe, die gegen 11.30 von Polizeikräften eingekesselt, festgenommen und erst um 1.30 Uhr aus einer Sporthalle in Waldeck freigelassen wurde. ... Die Bedingungen, unter denen diese Demonstrationsteilnehmer im Polizeigewahrsam vom Mittag bis in die frühen Morgenstunden verbringen mussten, entbehren jeder Verhältnismäßigkeit und seien nicht menschenwürdig. Zuerst hätten die Jugendlichen zwei Stunden im Kessel stehen müssen; ein Mädchen sei in Ohnmacht gefallen, so Frau Bötzel. ...Gegen 13.30 wurde ihr Sohn mit ca. anderen 40 Personen in einen Gefangenentransporter gebracht, in dem er in einem kleinen "Abteil" rund vier Stunden festgehalten wurde, ohne Trinken, ohne Essen. Erst nach sechsmaligem Fragen wurde ihrem Sohn der Zugang zur Toilette gewährt.

Gegen 18 Uhr wurden sie in Waldeck aus dem Transporter gelassen. Sie seien dann in einer Turnhalle untergebracht worden und mit Plastikschnüren gefesselt worden, schreibt Frau Bötzel. Lediglich ein Becher Wasser sei ausgeteilt worden. Zu den Vernehmungen seien die Plastikfesseln durch Handschellen ersetzt worden.

Erst gegen 22.30 "durfte" unser Sohn mit dem Mobiltelefon eines Polizeibeamten (Herr Kaiser) anrufen. Ihr Mann habe dann den Sohn gegen 1.30 Uhr in Empfang nehmen dürfen.

Frau Bötzel fragt in ihrer mit "Bittere Nachlese" getitelten Mail: Warum werden junge Menschen von Polizeibeamten erniedrigt?

Der Landesvorsitzende der Linkspartei, Peter Ritter, sagte, die Strategie der Polizei sei keine Einladung gewesen, Demokratie zu erleben und zu gestalten. Die Grünen-Geschäftsführerin Ulrike Seemann-Katz nannte den Einsatz völlig überzogen. Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion, Lorenz Caffier, sagte: "Angesichts der gewaltbereiten linksextremistischen Demonstranten, die aus anderen Bundesländern nach Rostock angereist waren, ist der Polizeieinsatz erforderlich und richtig gewesen."

Bei der NPD-Demonstration zählte die Polizei 1300 Teilnehmer, zur Gegendemonstration kamen 1500 Menschen. Am Bürgerfest nahmen 3000 Besucher teil. Die Polizei sicherte das Geschehen mit 4000 Beamten. Sieben Menschen wurden leicht verletzt, vier Demonstranten und drei Polizisten. 101 Demonstranten wurden festgenommen, darunter 93 aus dem linken Spektrum.

Ostsee-Zeitung

Dienstag, 02. Mai 2006 | Blickpunkt

IM GESPRÄCH

Liedermacher Konstantin Wecker: Bunttes Fest ist gutes Zeichen

Rostock (OZ) Der Münchner Liedermacher Konstantin Wecker beobachtete gestern nach seinem Konzert in Rostock die Kundgebung der NPD vor dem Gewerkschaftshaus der Hansestadt. Wecker war entsetzt über die große Zahl der rechten Marschierer.

OZ: Herr Wecker, wie haben Sie die Stimmung in Rostock empfunden?

Wecker: Ich fand die Art, wie sich die Leute hier gegen den braunen Aufmarsch stemmen, ermutigend. Das bunte Fest in der Innenstadt mit der Mischung von Kultur und Politik war ein gutes Zeichen, wo die Mehrheit steht.

OZ: Dabei war die Masse der NPD-Sympathisanten nicht zu übersehen, oder?

Wecker: Richtig, ich hätte das nicht für möglich gehalten. Und dass die Nazis sich für ihre Kundgebung das DGB-Haus suchen, ist kein Zufall. Sie haben sich schon unter Hitler zuerst mit den Gewerkschaften angelegt. Ich finde es im Übrigen unglaublich, dass die Nazis sich so in einer Stadt ausbreiten dürfen – und damit das innerstädtische Leben extrem beeinträchtigen.

OZ: Finden Sie es richtig, dass Gerichte diesem Treiben immer wieder statt geben?

Wecker: Ich kann das nicht juristisch beurteilen. Meine Überzeugung ist jedoch, dass sich Mittel und Wege finden ließen, solche Auftritte zu verhindern. Wir alle kennen doch aus der Geschichte die Gesinnung der Nazis und ihre Folgen. Heute mit der Meinungsfreiheit zu argumentieren ist geschichtslos. Hier lebt eine verbrecherische Gesinnung fort. Das muss unterbunden werden.

OZ: Mit dem Aufstand der Anständigen?

Wecker: Ach, der ist doch Makulatur. In Deutschland hat man immer noch mehr Angst vor Links als vor Rechts. Denn Linke wollen verändern, die Rechten nicht wirklich – zumindest nicht an den Besitzständen. Anti-Nazis werden schnell kriminalisiert. Dabei hat man doch hier in Rostock deutlich gesehen: Sich gegen Faschisten zu stellen, hat mit Extremismus nichts zu tun.

Interview: THORALF CLEVEN

NNN

Mittwoch, 3. Mai 2006

Vorgeschmack auf G-8-Gipfel

Polizei sichert friedlichen Verlauf am 1. Mai/Diskussion über Angemessenheit des Einsatzes

Es hätte schlimmer kommen können. Rostock glich zwar am Montag einer belagerten Stadt, aber größere Ausschreitungen waren dank des massiven Polizeieinsatzes ausgeblieben. Jetzt läuft die Aufarbeitung der Erfahrungen von diesem 1. Mai 2006. Und die dürften ganz unterschiedlich ausfallen.

Von Ulrich Vetter

Bei den Kundgebungen zum 1. Mai sind am Montag in Rostock sieben Menschen leicht verletzt worden. Dabei handelte es sich um vier Demonstranten und drei Polizisten, teilte die Polizei gestern mit. Von den 101 festgenommenen Demonstranten stammten nach Einschätzung der Polizei 93 aus dem linken Spektrum. Die übrigen acht seien der rechten Szene zuzurechnen. Drei Müllcontainer wurden in Brand gesetzt. Insgesamt sprach die Polizei aber von einem friedlichen Verlauf.

Im Einsatz waren 4000 Polizeibeamte aus MV, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Hessen und der Bundespolizei sowie eine Reiterstaffel mit 26 Pferden. Die Einsatzkräfte konnten nach eigenen Angaben gewaltsame Auseinandersetzungen weitgehend vermeiden.

An der Demonstration und dem anschließenden Bürgerfest des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) beteiligten sich etwa 6000 Menschen. Dem Aufruf des Antifaschistischen Aktionsbündnisses folgten 1500, dem der NPD 1300 Demonstrierende, heißt es aus unterschiedlichen offiziellen Stellen.

Die Sperrung der Rostocker Innenstadt machte Freizügigkeit für die Anwohner nahezu unmöglich. Selbst ältere Menschen mussten kehrtmachen, auch wenn sie nur auf die andere Straßenseite wollten. "Wenn bis zum G-8-Gipfel im kommenden Jahr bei jeder öffentlichen Veranstaltung solch ein Einsatzkonzept angewendet wird, werden in Rostock keine Demonstrationen mehr möglich sein, weil die Menschen sich vor einer Teilnahme fürchten müssen", sagte Henning Bartel, Sprecher des Antifaschistischen Aktionsbündnis 1. Mai. So wurde vielfach Kritik laut, dass die komplette Absperrung der Innenstadt auch zahlreiche Rostockerinnen und Rostocker daran hinderte, am Friedensfest teilzunehmen. Statt der erwarteten 20 000 Teilnehmer am Volksfest "Rostock bleibt bunt" waren es so nur etwa 6000, wie die Polizei schätzte. Eine Kritik, die sich auch Innenminister Gottfried Timm, der wie Kabinettskollege Till Backhaus auf dem Neuen Markt dabei war, gefallen lassen musste.

Dass der Polizeieinsatz 2,5 Millionen Euro gekostet haben soll, stieß bei vielen Rostockern auf Unverständnis. "Dafür ist Geld da", war mehrfach zu hören. Dass dieses massive Polizeiaufgebot angeblich als Generalprobe für Einsatzstrategien der Polizei während des G-8-Gipfels im kommenden Jahr in Heiligendamm diene, war ebenfalls Gesprächsthema am Rande der Demonstrationen. Denn dann dürften in Rostock weitaus mehr Gipfelgegner aus ganz Europa zu erwarten sein, als am 1. Mai Demonstranten anzutreffen waren.

Dass der massive Polizeieinsatz von 4000 Beamten von Linkspartei, Antifa und auch von Bündnis 90/Grüne kritisiert werden würde war ebenso klar wie das ausdrückliche Lob seitens der CDU. Wie immer dieser Einsatz auch bewertet wird, er hat in der Rostocker Innenstadt zwar einige Unannehmlichkeiten beschert, aber für einen friedlichen Verlauf gesorgt.

Zum Weltwirtschaftsgipfel werde es keine rechtsfreien Räume geben, resümiert Marco Stoll, sicherheitspolitischer Sprecher des CDU-Kreisverbandes. Rostock, und Mecklenburg-Vorpommern werde ein guter Gastgeber sein. Der 1. Mai 2006 – doch vor allem die Generalprobe für den G-8-Gipfel 2007?

Pressemitteilung LP.PDS HRO, 02.05.06

Aufstand der Anständigen“ darf nicht begraben werden

Zur Kritik des Rostocker Oberbürgermeisters Roland Methling am Sozialsenator Dr. Wolfgang Nitzsche erklärt der Kreisvorsitzende der Linkspartei.PDS, Prof. Dr. Wolfgang Leuchter:

„Statt den lobenswerten Einsatz von Senator Dr. Nitzsche und anderen zur Deeskalation mit untauglichen Unterstellungen zu versehen, sollten sich die politisch Verantwortlichen in Rostock lieber der Frage zuwenden, wie weiteren von der Staatsmacht geschützten Auftritten der Neonazis wirksam begegnet werden soll. Die Erfolg versprechende Methode kann nicht heißen, Aktivitäten von Nazigegnern weiter zu beschränken oder gar zu kriminalisieren. Der „Aufstand der Anständigen“ darf nicht nur in Sonntagsreden verlangt, er muss auch an Montagen, wie diesem 1. Mai, gelebt werden. Nichts anderes haben Senator Nitzsche und andere getan, indem sie sich mutig in die Problemzone begaben und auf gerade jene einzuwirken versuchten, die auch zu gewaltsamen Methoden neigen.

In diesem Sinne bin ich stolz auf das Agieren des Senators und anderer, die letztlich nur ein Ziel hatten: Dass Rostock bunt bleibt.“